

Demokratie ist ein Wertesystem

Am 14. September, 2023 hat der Thüringer Landtag im Plenum die Absenkung der Grunderwerbsteuer beschlossen und eine bundesweite Debatte ausgelöst. Wieder einmal wurde diskutiert, ob die Mauern, die eine demokratische Gesellschaft vor den Feinden der Demokratie schützen sollen, in Thüringen eingerissen wurden. Dass dies passieren würde, war den politisch Verantwortlichen in der CDU in Thüringen bewusst, und sie waren darauf vorbereitet. Die Entscheidung der Thüringer CDU war der Anlass für Friedrich Merz, sein vor drei Wochen noch erklärtes „Nein heißt Nein“ und seine Ankündigung, Politik ohne die AfD zu gestalten, weil es in allen Parlamenten Mehrheiten jenseits der AfD gäbe, vollständig aufzuheben. Gleichzeitig wurde erklärt, es handele sich ja um einen ganz normalen Vorgang, wenn eine Fraktion einen Antrag einreicht und eine Mehrheit von Abgeordneten diesem zustimmt. Und in der Tat: Die Abstimmung war ein nach den Regeln der Demokratie absolut zulässiger und nicht zu beanstandender Vorgang. Nur ist Demokratie mehr als das Einhalten von Regeln.

Demokratie ist ein Wertesystem, das letztlich allen Menschen dient und den einzelnen schützt. Die AfD ist eine extrem rechte Partei, nicht weil der Verfassungsschutz sie als solche bezeichnet, sondern weil ihre täglich im Thüringer Landtag erlebbare Politik sie als solche erkennbar macht. Wer extreme Rechte einlädt, die Gesellschaft zu gestalten, gefährdet die Demokratie. Vielleicht nicht unmittelbar, aber schleichend durch die Normalisierung als demokratischen Akteur, an deren Ende auch die Beteiligung an Regierungen steht. Die Zuspitzung eines solchen Prozesses kann in den Geschichtsbüchern nachvollzogen werden.

In Thüringen gibt es seit 2020 eine Minderheitsregierung. Nicht, weil es besonders praktikabel oder sinnvoll ist, sondern weil es keine Mehrheit im Landtag gab, die eine gestaltende Parlamentsmehrheit oder eine Regierung hätte abbilden oder bilden können. Das hat sich nun geändert: Die CDU hat eine Koalition in der Opposition, eine gestaltende Parlamentsmehrheit gebildet und es droht eine regierende Mehrheit unter Einschluss einer extrem rechten Partei gegen die Regierung. Das kann nicht als ein normaler demokratischer Prozess verstanden werden.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Schwarzer Tag für Thüringen:

„Wer extreme Rechte einlädt,
die Gesellschaft zu gestalten,
gefährdet die Demokratie.“

Mehr dazu auf den Seiten 4–5

Linker Ticker

Der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, **Ralf Plötner**, verweist auf die Dringlichkeit einer ausreichenden Finanzierung von Kliniken: „Der Bundesgesundheitsminister löst mit Ankündigungen einer unumkehrbaren Schließung einiger Krankenhäuser Unsicherheit und Ängste aus. Auch wenn die Krankenhäuser in Thüringen gut aufgestellt sind, braucht es eine Übergangsfinanzierung durch den Bund, bevor die Krankenhausreform voll umgesetzt wird. Dies ist wichtig, da es uns um eine zukunftsfeste Weiterentwicklung der Klinik-Standorte geht.“ Durch die immer noch vorherrschende Inflation und die Energiekostensteigerungen stehen viele Kliniken in einer schwierigen Lage. Fehlende Finanzierungszusagen des Bundes verschärfen diese Situation. +++ Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag begrüßt die Aufnahme des jüdisch-mittelalterlichen Erbes in Erfurt in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste. **Katja Mitteldorf**, die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, äußert ihre Begeisterung über diese Anerkennung: „Erfurts Alte Synagoge, die Mikwe und das Steinerne Haus gehören von nun an zum Welterbe der Menschheit und zeugen vom kulturellen Reichtum Thüringens weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Das erfüllt mich mit großer Freude. Die drei ausgezeichneten Bauwerke sind nicht nur bauliche Kleinode, sie zeugen auf einmalige Weise vom friedlichen Miteinander jüdischer und christlicher Gemeinschaften im Mittelalter.“ +++ Zum umgesetzten Verbot der elitären Neonazi-Bruderschaft „Hammerskin-Nation“ (HSN) sowie ihrer Supporter-Struktur „Crew 38“ in Deutschland erklärt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die Hammerskins sind eine zutiefst antisemitische und rassistische Bruderschaft, die sich fest der nationalsozialistischen Ideologie verschrieben hat und seit 30 Jahren weitgehend ungestört von Sicherheitsbehörden in Deutschland agieren konnte. Das weltweit agierende Neonazi-Netzwerk steht für Gewalt bis hin zum Mord.“ Mit dem Verbot wird es künftig nicht mehr möglich sein, die Symbole der Hammerskin Nation und dazugehörigen „Crew 38“ in der Öffentlichkeit zu tragen.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert, Lukas Krause
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 22. September 2023

Mehr als nur ein freier Tag

DIE LINKE zum Kindertag

Am Weltkindertag, dem 20. September, riefen UNICEF und das Deutsche Kinderhilfswerk dazu auf, die Rechte von Kindern in den Blick zu nehmen und für die Interessen von Kindern einzutreten. Seit 2019 ist der Weltkindertag in Thüringen gesetzlicher Feiertag. „Diese Entscheidung von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht unser Anliegen, die Interessen von Kindern in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu rücken“, so Kati Engel, Sprecherin für Kinderpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Wir möchten, dass Kinder aktiv an Entscheidungen teilhaben können, die ihre Lebenswelt betreffen. Kinder sollen gehört werden und die Möglichkeit haben, ihre eigenen Ideen und Perspektiven einzubringen, sie und ihre Familien müssen bestmöglich unterstützt werden.“

„Obwohl wir in Thüringen mit den beitragsfreien Kindergartenjahren, der Stärkung der Kindermitbestimmung in den Einrichtungen, der Stärkung von Kinder- und Jugendschutz, dem Programm ‚Thüringer Eltern-Kind-Zentren‘ und anderen Maßnahmen schon viel für die Interessen von Kindern und Familien getan haben, wollen wir dabei nicht stehen bleiben“, stellt Kati Engel fest: „Als nächsten Schritt braucht es



die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen auch verdient, sowie eine deutliche Stärkung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen – auch und vor allem in den Kommunen.“

Im Land hat Rot-Rot-Grün die Mitwirkung junger Menschen bereits gestärkt – durch mehr Mitsprache- und Beschwerderechte im Schul- und Kindergartenrecht sowie durch das Absenken des Wahlalters für Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Die Abgeordnete Engel bedauert, dass sich bisher keine

Mehrheit für die von Rot-Rot-Grün vorgeschlagene Stärkung der Kinderrechte auch in der Thüringer Verfassung auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention gefunden hat. „Es ist vollkommen unverständlich, warum CDU und FDP dieses Anliegen blockieren“, so Engel. Die Aufnahme der Kinderrechte in die Thüringer Verfassung würde nicht nur die Rechtsposition der Kinder stärken, sondern wäre auch Ausdruck einer Anerkennung von Kindern als aktiver Teil unserer Gesellschaft – als eigenständige Persönlichkeiten mit eigener Würde.“

Vom Wert der sozialen Frage

Karola Stange zum Tag der Deutschen Einheit

Alljährlich wird der Tag der Deutschen Einheit dazu genutzt, die bleibenden Unterschiede und wachsenden Gemeinsamkeiten zwischen West und Ost wechselseitig zu beklagen und zu begrüßen. Auch in diesem Jahr sind weiterhin Unterschiede zu prognostizieren, noch einmal verstärkt durch die multiple Krise.

- Deutlich geringere Einkommen und damit auch deutlich geringere Sparvermögen führen dazu, dass Preissteigerungen für Lebensmittel, Energie und Wärme die Menschen in den neuen Bundesländern stärker bedrohen. Die geringere Tarifbindung, als eine der Hauptgründe, ist verantwortlich dafür, dass Menschen in den neuen Bundesländern rund 20 Prozent weniger als in den alten Bundesländern verdienen – ein Unterschied, der sich im Jahr durchschnittlich auf über 10.000 Euro summiert. So sind die Einkommen im öffentlichen Dienst vergleichbar, die anderen Branchen mit geringerer Tarifbindung dagegen weit im Hintertreffen.
- Aktuell arbeiten rund 1 Million Rentnerinnen und Rentner noch über das Renteneintrittsalter hinaus, 56.105 Seniorinnen und Senioren mehr als im letzten Jahr. Lei-

der kein Wunder, schauen wir uns die Höhe der Renten besonders hier im Osten an. Deshalb braucht es jetzt eine außerordentliche Rentenerhöhung von zehn Prozent, mindestens aber 200 Euro im Monat. Damit auch das Rentenniveau endlich wieder steigt. Hier müssen wir weg von den 48 Prozent, hin zu 53 Prozent!

- Geringe Löhne führen nicht nur zu niedrigen Renten, sondern auch zu niedrigeren Steuereinnahmen in den Ost-Bundesländern und Kommunen hier. Die Folge? Eine große Abhängigkeit von Bundesmitteln und den Ausgleichszahlungen aus dem Länderfinanzausgleich. Das Problem? Die Bundesregierung streicht den Bundeshaushalt aus Ehrfurcht vor der „Schwarzen Null“ zusammen und die Bayern lassen sich auch vom Oktoberfest nicht ablenken und klagen gegen den Länderfinanzausgleich.

- Damit stehen viele Projektträger bundesweit und besonders eben im Osten der Republik vor der Frage, wie in Zukunft finanziert und gestaltet werden soll. Demokratie- und Integrationsprojekte bereichern und erfüllen gerade auch im ländlichen Raum wichtige Schutzfunktionen. Denn gerade im länd-

lichen Raum ist die Arbeitskräftesituation regional sehr angespannt, und die Unternehmen und Institutionen freuen sich über jede einzelne Person. Hier bräuchte es mehr statt weniger und den Mut zu gestalten statt zu verwalten.

Die Frage nach den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West ist mehr als eine Frage für die Reden am dritten Oktober. Die Bundesregierung in Berlin muss jeden Tag die Frage beantworten, wie sie das gesellschaftliche Leben gestalten möchte und was ihr das wert ist.



Karola Stange

Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales



LINKE-Fraktion berät Landeshaushalt

Stabilität, Sicherheit und Zukunftsthemen im Fokus

Auf ihrer Haushaltsklausur in Erfurt hat DIE LINKE im Thüringer Landtag die fünf Zukunftsthemen benannt, die sich im Landeshaushalt wiederfinden müssen: Bildung, soziale Infrastruktur, Mobilität, sozial-ökologischer Umbau, demografischer Wandel und Demokratiestärkung. „Es liegt nun in der Verantwortung des Parlamentes, einen Landeshaushalt auf den Weg zu bringen, der für Stabilität, Sicherheit und Zukunftsthemen steht. DIE LINKE hat sich festgelegt: Im Fokus des Zukunftshaushalts 2024 stehen die Bildung, die

Infrastruktur, die Mobilität, der sozial-ökologische Umbau und die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft“, hebt der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ronald Hande, die klare Ausrichtung der LINKEN beim Haushalt hervor. Die CDU werde aufgefordert, „endlich ihre irrationale Politik aufzugeben und es auch mal mit tatsächlich umsetzbaren Forderungen zu versuchen“.

DIE LINKE werde die inflationsbedingten Mehrkosten nicht vernach-

lässigen und deshalb keinem Haushalt zustimmen, der nur aufs Ausgabevolumen starre und dabei die Wirklichkeit außer Acht lasse. Die CDU müsse aufhören, die Realität zu ignorieren. Hande sagt: „Gleichzeitig hunderte Millionen Mehrausgaben zu fordern und gleichzeitig eine nicht untersetzte pauschale Einsparung von 1 Milliarde zu propagieren, ist blanker Populismus.“ DIE LINKE fordere deshalb die Benennung konkreter und diskussionswürdiger Einsparvorschläge.

Es liege jetzt in der Verantwortung der Abgeordneten, sich konstruktiv in die Haushaltsberatungen einzubringen und bis Ende des Jahres einen Haushalt zu verabschieden. „Nur so können bestehende Strukturen stabilisiert und weiterentwickelt sowie neue Aufgaben und Investitionen in die Zukunft angegangen werden. Das Land Thüringen, seine Menschen, seine Vereine, seine Firmen sowie seine Städte und Dörfer brauchen die Sicherheit eines Landeshaushaltes, um Begonnenes fortführen zu können“, bekräftigt Hande.

Die CDU muss endlich ihre irrationale Politik aufgeben und es auch mal mit **tatsächlich umsetzbaren Forderungen** versuchen“.



Ronald Hande

Sprecher für Haushaltspolitik und Finanzen



Titel-Thema



Schwarzer Tag für Thüringen

Senkung der Grunderwerbsteuer:

Die CDU hat am 14.9. den Immobilienhandel entlastet.

Rot-rot-grünes Kindergartengesetz:

Wir wollen weiterhin die Familien entlasten.

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de

@linke_thl

Scharfe Kritik am Beschluss zur Steuersenkung von CDU, FDP und AfD

Steffen Dittes zu den Ereignissen im Plenum

Zum September-Plenum im Thüringer Landtag hat die CDU ein Gesetz zur Senkung der Grunderwerbsteuer zusammen mit der FDP und AfD beschlossen.

„Die Absenkung der Grunderwerbsteuer ist ein Geschenk an diejenigen, die es sich in diesen Zeiten leisten können, ein Haus oder eine Wohnung zu bauen oder zu kaufen. Durch diese Steuersenkung werden dem Land circa 50 Millionen Euro an Steuereinnahmen fehlen, die fest im Haushaltsentwurf der Landesregierung eingeplant waren“, erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Steffen Dittes, und ergänzt „für diese falsche Politik hat die CDU begonnen, eine Gestaltungsmehrheit im Landtag unter Einschluss der rechtsextremen AfD zu bilden, die maßgeblich in den Haushalt eingreift und begrenzt somit die Möglichkeiten für freiwillige Aufgaben in den Bereichen Bildung, soziale Sicherung, Gesundheit, Sicherheit und Kultur, von denen alle profitieren. Das Gesetz ist haushalterisch nicht zu verantworten und sozialpolitisch kontraproduktiv.“

Der Fraktionsvorsitzende kritisierte die CDU auch dafür, dass sie suggeriere, diese Maßnahme entlaste Familien. Er betonte zudem, dass sie nicht denen helfe, die auf Unterstützung angewiesen seien. „Mit der Grunderwerbsteuersenkung hat die CDU gemeinsam mit FDP und AfD den Immobilienhandel entlastet. Für eine echte Entlastung von Familien braucht es zum Beispiel ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr.“

Argumente seitens CDU und FDP, DIE LINKE, SPD und Grüne hätten dem Antrag der CDU zustimmen können, womit

es nicht auf die AfD angekommen wäre, weist der Fraktionsvorsitzende entschieden zurück. Es habe echte und ernsthafte Gespräche über eine Kompromissfindung gegeben, diese seien aber nun von der CDU torpediert worden. „Es ist auch für das Miteinander unter den demokratischen Fraktionen fragwürdig, dass die CDU, wenn sie ihren Willen nicht bekommt, unumwunden bereit ist, mit einer rechtsextremen Partei zusammenzuarbeiten.“ Dieser Beschluss unterstreiche, dass es CDU, FDP und auch AfD nicht daran gelegen ist, Maßnahmen, von denen alle profitieren, abzusichern, sondern lediglich einigen wenigen Steuergeschenke zu bereiten.

Mit ihrem Abstimmverhalten im letzten Plenum hat die CDU vor allem gezeigt, dass sie bereit ist, noch bestehende Barrieren zur Zusammenarbeit mit einer extrem rechten Partei Stück für Stück einzureißen. „Nicht nur, dass sie einer Normalisierung des Rechtsextremismus den Weg bereitet, sie lädt rechtsextreme Akteure geradezu dazu ein, Thüringen mit einer parlamentarischen Mehrheit jenseits der Regierungsfaktionen gemeinsam zu gestalten. Das ist nichts anderes als eine Zusammenarbeit und kein zufällig zustande gekommenes Stimmverhalten“, erklärte Steffen Dittes im Anschluss des Plenums.



Die gesamte Rede des Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2024 finden Sie unter:
www.youtube.com/@LinkeThl

Appell an die Öffentlichkeit

Nach der gemeinsamen Abstimmung von CDU, FDP und AfD richtete Katharina König-Preuss, Sprecherin für Migrationspolitik, Antifaschismus und Antirassismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Appell an die Öffentlichkeit:

„Wenn man sich die Berichterstattung der Medien um die Abstimmung der Grunderwerbssteuer anschaut, dann waren das zum Teil Headlines wie: „CDU, AfD, FDP setzen Grundsteuer Absenkung durch“, oder auch „Rot Rot Grün hat das ja auch schon gemacht und hätte mit der AfD gestimmt.“ Das ist eine Lüge. Rot Rot Grün war noch nie auf die Stimmen der AfD angewiesen, um eigene Inhalte im Thüringer Landtag umzusetzen und durchzusetzen. Das ist das versuchte Framing der CDU, insbesondere um die AfD weiter zu normalisieren. Und das ist auch das Framing einiger konservativer Medien, die leider darauf reinfallen und eben nicht tiefergehend gucken und sich fragen: Was ist da eigentlich passiert?

Daher mein Appell: Fragt uns, hinterfragt Medien, hinterfragt Berichte und hinterfragt vor allem deswegen, weil das, was hier im Plenum im Thüringer Landtag passiert ist, war meines Erachtens ein richtig schlimmes Vorzeichen für das, was auf uns zukommt. Die CDU hat es ein Mal gemacht und sich eine Mehrheit mit der AfD geholt. Die CDU wird es ein weiteres Mal machen

Deshalb: Haltet Stand, haltet Stand gegen die AfD, haltet Stand gegen den Rechtsruck. Haltet stand gegen rechte Gesetze und gegen rechte Anträge. Egal ob es auf der lokalen, auf der Landesebene oder auch Bundesebene ist. Vor allem haltet Stand in eurem eigenen Umfeld, weil die Zeiten werden vermutlich nicht so schnell besser werden. Aber wenn wir durchhalten, haben wir eine Chance. Und darauf setzen wir.“

Katharina König-Preuss:

Gerade jetzt standhaft bleiben!



Für die Familien in Thüringen:

Kindergartengesetz-Novelle weiter vorangebracht

„Mit unserem Kindergartengesetz wollen wir für deutliche Verbesserung der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsqualität sowie für ein weiteres kostenfreies Kindergartenjahr sorgen“, so Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit Blick auf Kindergartengesetz das von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN erarbeitet und im September-Plenum weiter in den Ausschuss überwiesen wurde.

Ein bedeutender Schwerpunkt unserer Gesetzesnovelle liegt auf der Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres, das ab dem 1. August 2024 in Kraft treten soll. Mit dieser wegweisenden Maßnahme werden die letzten 36 Kindergarten-Monate vor dem Schuleintritt für Thüringer Familien vollständig beitragsfrei. „Diese Entscheidung stellt nicht nur einen Meilenstein in der Bildungsförderung dar, sondern sie wird auch erhebliche finanzielle Entlastung für Familien in unserem Bundesland bedeuten“, unterstreicht Reinhardt. Die Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres hat direkte und spürbare Aus-

wirkungen auf die Haushalte thüringischer Familien. „Jährlich können sie dadurch um bis zu 1.500 Euro entlastet werden. Dieser finanzielle Spielraum wird den Familien ermöglichen, ihre finanziellen Ressourcen effektiver zu nutzen und die Bildung ihrer Kinder noch stärker zu fördern“, unterstreicht Reinhardt. Darüber hinaus ist diese Maßnahme ein bedeutender Schritt in Richtung unseres Ziels „Bildung von Anfang an beitragsfrei“. „Wir sind fest davon überzeugt, dass Bildung ein fundamentales Menschenrecht ist und keine finanzielle Belastung für Familien darstellen sollte“ so der Abgeordnete Reinhardt.

Die große Novelle wird nun im Ausschuss für Bildung weiter verhandelt und nimmt so weiter Form an.



Petition des Monats

„Keine Deals mit Nazis“



Die Petition „Keine Deals mit Nazis!“ des Bündnisses Omas gegen Rechts Erfurt e.V. beschäftigte den Petitionsausschuss bereits seit Mai 2021. Nun wurde die Petition in der letzten Sitzung des Petitionsausschusses abgeschlossen.

Zu den Forderungen der Petentinnen

Die Petentinnen hatten mit ihrer Sammelpetition gefordert, dass im sogenannten „Ballstädt-Verfahren“ keine Verständigungen mit den Angeklagten getroffen werden sollten. Insbesondere sollte erreicht werden, dass die Staatsanwaltschaft generell bei Gewaltverbrechen von Neonazis einer Verständigung nicht zustimmen soll. Zur Erinnerung ein Textausschnitt aus der öffentlichen Petition der Omas gegen Rechts: „[...] In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 2014 kam es in Ballstädt im Landkreis Gotha, Thüringen, zu einem schweren Neonazi-Angriff auf die dortige Kirchengemeinschaft. Mindestens 15 Neonazis drangen mitten in der Nacht, teils schwer bewaffnet, in den Gemeindesaal ein und verletzten 10 Menschen zum Teil schwer. Der Überfall war geplant, der Thüringer Verfassungsschutz hatte die telefonischen Absprachen zum Überfall mitgeschnitten.

Nun, sieben Jahre nach dem schweren Überfall, stellt sich heraus, dass die Thüringer Justiz den Nazis einen Deal unterbreitet hat. Laut Bericht des MDR Thüringen [...] plant die Staatsanwaltschaft Erfurt, das Verfahren mit Absprachen deutlich abzukürzen. Laut dem MDR könnte dies auch beinhalten, dass Haftstrafen in Bewährungsstrafen umgewandelt werden, wenn sich die Angeklagten im Gegenzug schuldig bekennen.

Wir – die Omas gegen Rechts Erfurt, eine zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative – halten es für ein fatales Signal, dass die Thüringer Justiz militanten Neonazi-Strukturen Einstellungsangebote unterbreitet oder gar Bewährungsstrafen für Taten, bei denen Menschen schwer verletzt wurden, anbietet. Für die Betroffenen wäre diese Entscheidung der Thüringer Justiz ein zweiter Schlag ins Gesicht, für militante Neonazis im Bundesland ein Signal, auch nach brutalen Angriffen weiter auf freiem Fuß bleiben zu können. Daher fordern wir von der Thüringer Justiz: Keine Deals mit Nazis! [...]“

So, wie befürchtet, kam es dann auch. Das Ballstädt-Verfahren, welches sich über viele Jahre schleppte, endete mit marginalen Strafen. Die Täter wur-

den lange gar nicht oder nur mit sehr geringen Strafen auf Bewährung belegt. In der öffentlichen Anhörung zur Petition am 30. Juni 2022 konnten die Petentinnen mit Sachverständigen ihr Anliegen ausführlich vortragen. Teilweise berichteten sie auch aus ihren Erfahrungen als Prozessbeobachtende. So sei für sie der Eindruck entstanden, dass die Verhängung von Bewährungsstrafen von Anfang an festgestanden habe und die Opfer nicht ernstgenommen und zu Zuschauern eines Deals degradiert worden seien. Der Deal sei für die Opfer eine persönliche Zumutung gewesen und hätte für sie bedeutet, zum zweiten Mal zum Opfer zu werden. Eine beteiligte Anwältin führte aus, dass man sich dabei nicht grundsätzlich einer Verständigung verschlossen hätte, da ein Deal unter Umständen auch für die Betroffenen sinnvoll sein könne. Die Art und Weise und Durchführung des Deals sei jedoch eine Verständigung gegen die Interessen der Opfer gewesen und hätte seitens der Staatsanwaltschaft nicht in dieser Form mitgetragen werden sollen. Dabei gehe es bei der Petition nicht darum, auf Gerichte einzuwirken. Gerichte seien aus vielen verschiedenen Gründen unabhängig und Justizminister sollten

keinen Einfluss auf Gerichte nehmen. Es sei jedoch zu klären, wie mit dem Weisungsrecht des Justizministers gegenüber den Staatsanwaltschaften umgegangen werden solle. Darüber hinaus kritisierten die Petentinnen, dass die Einwände der Opfer und der Nebenklage gegen den Deal nicht berücksichtigt worden seien. Die Nebenklage sei zwar rechtliches Gehör zu gewähren, aber die Opfervertretung habe im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft keine Möglichkeit, einen Deal, der zu Lasten der Opfer gehe, zu verhindern.

Empfehlung an den Deutschen Bundestag

Der Petitionsausschuss hatte im Laufe des Petitionsverfahrens die Petition zur Mitberatung an den Justizausschuss gegeben. In diesem Fachausschuss sollte insbesondere die Möglichkeit diskutiert werden, wie das Weisungsrecht des Justizministers gegenüber den Staatsanwaltschaften genutzt werden könne, um Deals mit den Tätern bei Straftaten aus rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen und sonstigen menschenverachtenden Beweggründen zu verhindern. Auch die Frage, ob und gegebenenfalls wie

die Rechte der Opfer im Rahmen einer Verständigung gestärkt werden könnten, sollte erörtert werden.

Leider kam der Justizausschuss nicht zu einer Einigung in der Frage des Weisungsrechts an die Staatsanwaltschaften, keine Deals bei rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen und sonstigen menschenverachtenden Taten einzugehen. Auch die Frage, wie die Opferrechte bei Deals gestärkt werden können, konnte ebenfalls nicht abschließend geklärt werden. Dies sei in der Strafprozessordnung geregelt und diese könne nur auf Bundesebene geändert werden. Der Justizausschuss empfahl daher, die Petition zuständigkeitshalber an den Deutschen Bundestag zu überweisen.

Ausblick und Dank

Der Petitionsausschuss ist dieser Empfehlung letztlich gefolgt, in der Hoffnung, dass sich auf Bundesebene doch noch etwas im Sinne der Petentinnen bewegen lässt. Nicht nur in Hinblick auf den erstarkenden Rechtsextremismus im Land, auch für die Opfer von Nazi-Gewalt wäre dies ein wichtiges und dringendes Signal, dass rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und sonstige menschenverachtende Straftaten mit Nachdruck verfolgt und entsprechend bestraft werden.

Auch wenn die Petition der Omas gegen Rechts noch keinen unmittelbaren Erfolg gezeigt hat, so hat sie doch dafür gesorgt, dass sich die Abgeordneten des Thüringer Landtages und die Thüringer Landesregierung mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt haben. Die Omas gegen Rechts, die sich als zivilgesellschaftliche Akteurinnen für unsere Demokratie einsetzen und diese gegen Rechts verteidigen, haben damit nicht nur auf ein ernstes Problem aufmerksam gemacht, sie haben zu ihren Forderungen auch Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Es liegt damit auch an uns, diese Forderungen in Politik und Gesellschaft weiter stark zu machen und den demokratischen Rechtsstaat zu verteidigen. Unser Dank geht an die Omas gegen Rechts! Ihre Petition „Keine Deals mit Nazis!“ ist unsere Petition des Monats.



Der **Petitionsausschuss** entscheidet über die an den Landtag gerichteten Petitionen (Artikel 65 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen). Das Petitionsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie, der Petitionsausschuss die wichtigste Schnittstelle zwischen dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Aus diesem Grunde kommt dem Petitionsausschuss eine ganz besondere Bedeutung zu.

Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE ist Vorsitzende des Ausschusses



Mehr zum Thema Petitionen finden Sie auf: www.die-linke-thl.de/aktuelles/ressorts/petitionen/



Bildungskonferenz 2023

„Gute Schule im Zeitalter von Chat GPT und Heterogenität“

„Eine entscheidende Rahmenbedingung für gute Bildung in Thüringen ist das Schulgesetz. Wir wollen mehr Modernität, mehr Praxisorientierung, mehr Attraktivität für den Lehrberuf.“

Helmut Holter

Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport



In einer erfolgreichen Bildungskonferenz Mitte September 2023 diskutierte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag mit den Teilnehmenden aktuelle Herausforderungen an den Thüringer Schulen. Ziel dabei ist, für alle Schülerinnen und Schüler die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen.

Mehr Praxis, mehr Modernität, mehr Attraktivität

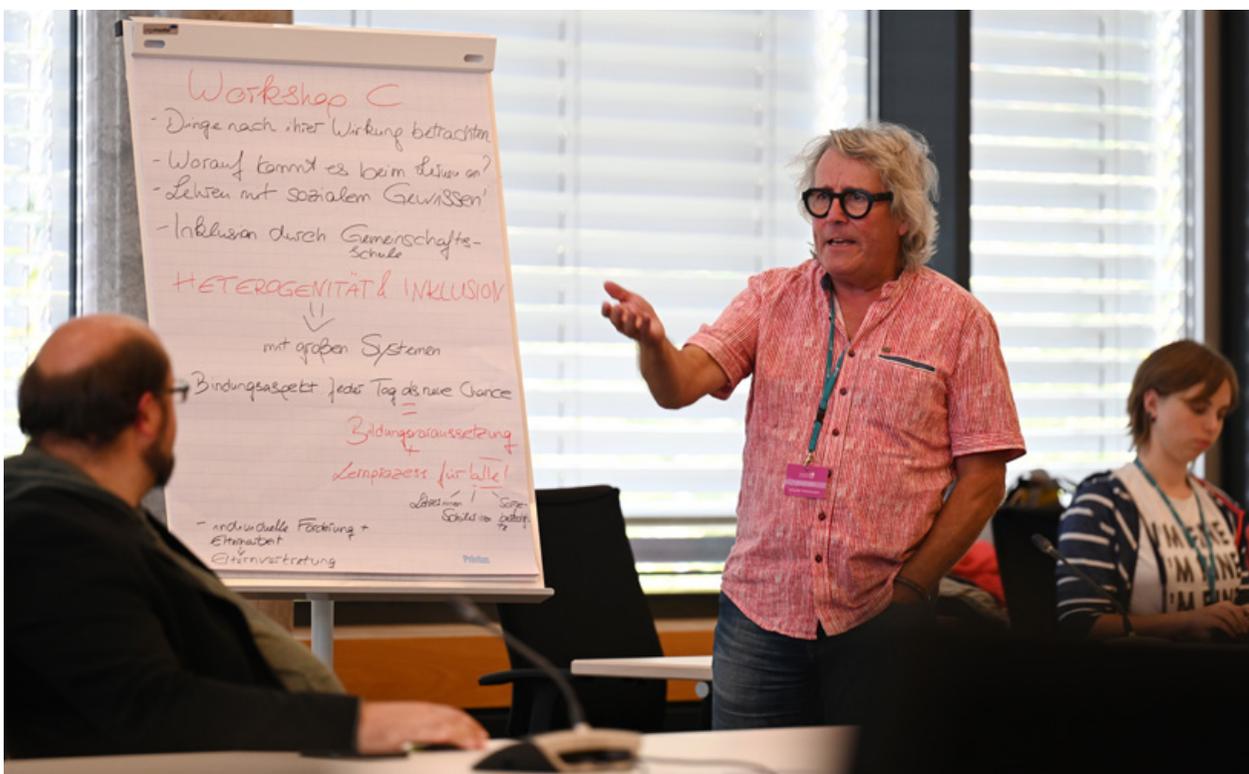
Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE trafen sich Mitte September Menschen aus der schulischen und kommunalen Bildungspraxis, um zur Zukunft der Bildungsarbeit in Thüringen zu beraten. Im Mittelpunkt der Fachtagung stand die Frage, wie Schulen und Kindergärten mit den Herausforderungen der Digitalisierung und der gewachsenen Heterogenität in der Gesellschaft umgehen und wie sie vom Land besser unterstützt werden können. Thüringer Bildungsminister Helmut Holter nahm ebenso an der Veranstaltung teil. Minister Holter beschrieb einleitend eine Blockadesituation im Landtag: „Die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Aktualisierung des Schulgesetzes von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und CDU sind wie Feuer und Wasser. Wir wollen mehr Modernität, mehr Praxisorientierung, mehr Attraktivität für den Lehrberuf. Der CDU Entwurf dagegen ist ein Rückschritt, beispielsweise beim Thema Inklusion. Den Regierungsfaktionen fehlen im Landtag vier Stimmen, um konkrete Schritte wie eine digitale Grundausstattung der Schüler:innen auf Kosten des Landes, die Verankerung von Assistenzkräften im Schulgesetz, mehr Kooperationen zur Unterrichtsabsicherung und eine stärkere Praxisorientierung an unseren Schulen umzusetzen. Dies alles wird durch die CDU blockiert, selbst technische Details, die einfach nur zu besseren Organisationsabläufen führen sollen.“

Lehrerbildung auch an den Fachhochschulen

Holter erklärte, die Landesregierung wolle eine neue Linie der Lehrerbildung schaffen, die über die Fachhochschulen verlaufe. Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Torsten Wolf, ergänzt: „Viele Entwicklungen fordern heute die Schulen heraus. Wir können nicht auf die CDU warten. Solche Austausch zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft sollen Schritte bestimmen, um vorwärts zu kommen: voneinander lernen und Unterstützung koordinieren. So kommen wir unserem Ziel näher, für wirklich alle Schülerinnen und Schüler gute Bedingungen zu schaffen.“

Die Konferenz thematisierte an darüber hinaus ungerechte Rahmenbedingungen im Bildungswesen und stellte die Aufgabe, diese abzubauen. Ein ebenso noch präsent Thema seien die Nachwirkungen der Corona-Pandemie bei Schülerinnen und Schülern, die weiterhin Aufmerksamkeit bedürften.

Die Bildungskonferenz war ein wichtiger Schritt zur Gestaltung einer zukunftsweisenden Bildungslandschaft in Thüringen.



Workshop C

- Dinge nach ihrer Wirkung betrachten
- Worauf kommt es beim Lernen an?
- Lehren mit sozialem Gewissen!
- Inklusion durch Gemeinschaftsschule

HETEROGENITÄT & INKLUSION

mit großen Systemen

Bindungsaspekt jeder Tag der neue Chance

Bildungspraxis

Kompass für alle!

- individuelle Förderung =
Empathie
Ehrenvertretung

Das war unser Jahresempfang 2023



Privilegien nutzen, Demokratie schützen

Wir freuen uns, dass unserer Einladung zum diesjährigen Jahresempfang viele Menschen gefolgt sind.

In seiner Begrüßungsrede schlug Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes auch ernstere Töne an: „Viele der Anwesenden teilen ein Privileg: Wir leben in einer weitestgehend intakten Umwelt. Nicht nur im internationalen Vergleich, sondern auch in diesem Land sind viele von uns privilegiert. Wenn wir über Wohlstand sprechen, müssen wir daher auch über diejenigen sprechen, die diesen nicht haben. Mit unserem Privileg tragen wir also Verantwortung für die Gesellschaft.“ Demokratie sei ein Wertesystem und habe die Aufgabe, die Menschen in ihrem Leben zu schützen. „Wir wissen, dass die Demokratie in Gefahr ist, auch, wenn Menschen das sozialstaatliche Minimum genommen werden soll. Deshalb sollten Sie Ihre Privilegien nutzen und die Demokratie schützen.“

Im Anschluss moderierte Abgeordnete Katja Maurer eine bewegende Gesprächsrunde mit den Vereinen Migranetz Thüringen und Special Olympics Deutschland in Thüringen e. V., in der die Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen im gesellschaftlichen Alltag in den Blick genommen wurden. Abschließend ergriff auch Bodo Ramelow das Wort: „Lassen Sie uns unser Land nicht schlechtreden, sondern über die Chancen sprechen! In einer Gesellschaft, die ausgrenzt, möchte ich nicht leben. Wir müssen hinschauen und handeln, denn es hängt von uns ab, wie wir mit Ausgrenzung und Hass umgehen.“ Was den Menschen jetzt diene, habe oberste Priorität. „Ich lade Sie alle zum Dialog ein, in dem wir fair unterstützen und keinen schmutzigen Wahlkampf führen“, schloss Ramelow ab.

Wir danken allen, die diesen wunderbaren Empfang möglich gemacht haben und freuen uns schon auf das nächste Mal.

